

Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Winnender Haushalt für das Jahr 2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Holzwarth,
sehr geehrte Herren Bürgermeister Sailer und Haas,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

„Je größer der Staat, desto kleiner der Raum für Eigenverantwortung.“ Dieses Zitat wähle ich bewusst, denn es beschreibt nicht nur eine politische Haltung, sondern eine Realität, die wir längst messen können: Die **Staatsquote liegt inzwischen bei rund fünfzig Prozent** – der Staat beansprucht also die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung. Und je mehr Aufgaben, Vorschriften und Belastungen von Bund und Land ausgeweitet werden, desto enger wird der finanzielle Spielraum für die Kommunen und damit auch für uns hier in Winnenden.



Stadträtin Tanja Ungar sprach für die FDP-Fraktion

Die kommunalen Finanzen stehen unter Druck. Die Kommunen übernehmen immer mehr Aufgaben, ohne dass die finanzielle Grundlage entsprechend mitwächst. Der Aufwand für neue Aufgaben wie Katastrophenschutz ist deutlich gestiegen, die Anforderungen bei Ganztagsangeboten und in der Kinderbetreuung wachsen kontinuierlich. Gleichzeitig binden wachsende Verwaltungs- und Dokumentationspflichten erhebliche personelle Ressourcen, ohne dass dafür zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Eigentlich müsste gelten: *Wer bestellt, der bezahlt auch. Oder anders gesagt: Wer den Bürgerinnen und Bürgern politische Versprechungen macht – egal ob auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene –, muss ehrlich sagen, wo das Geld dafür herkommen soll.* Genau das passiert zu selten. Auf diese Faktoren haben wir hier vor Ort nur bedingt Einfluss. Doch es gibt auch finanzielle Aspekte, bei denen wir in Zukunft genauer hinschauen müssen und Hausaufgaben zu erledigen sind. Dazu gehört aus unserer Sicht den **Abmangel an die beiden städtischen Töchter schrittweise zurückzufahren**. Es kann nicht unser Anspruch sein, kommunale

Defizite dauerhaft zu subventionieren, wenn an anderer Stelle dringend Mittel fehlen.

Wir sprechen uns darüber hinaus eindeutig **gegen neue Bauaktivitäten des Eigenbetriebs Stadtbau** aus. Die Stadt ist nicht der bessere Bauherr. Die Fehlentwicklungen in der

Wohnbauförderung von Bund und Land lösen wir in Winnenden nicht dadurch, dass die Stadtverwaltung selbst zum Spaten greift. Deshalb beantragen wir eine getrennte Abstimmung über den Wirtschaftsplan.

Unser Ansatz ist ein anderer: **Stärken wir die privaten Bauherren und Bauträger in Winnenden.** Die Aufgabe der Stadtverwaltung sollte es sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, indem Baugenehmigungen schneller und im Sinne der Bürgerschaft erteilt und Verwaltungsvorschriften wohlwollend ausgelegt werden. Übermäßig strenge Prüfungen sind zeitintensiv, verursachen unnötigen Aufwand und schaffen am Ende vor allem Frust bei allen Beteiligten. Eine **frühzeitige, offene und lösungsorientierte Kommunikation** zwischen Verwaltung und Bauherrschaft würde Zeit sparen, Nerven schonen und Kosten reduzieren. Und so würde Sie auch ganz wesentlich zu einer **gesunden und bedarfsgerechten Wohnraumentwicklung** beitragen.

In der jetzigen finanziell angespannten Lage ist es der einfache Weg, die Bürgerinnen und Bürger mit Steuererhöhungen noch stärker zu belasten. Doch genau das lehnen wir Liberalen ab. Eine höhere Grundsteuer macht Wohnen teurer, sie führt zu höheren Mieten und erschwert es Familien und jungen Menschen, Eigentum zu erwerben. In einer ohnehin angespannten Wohnsituation wäre das ein völlig falsches Signal. Genauso lehnen wir eine Erhöhung der Gewerbesteuer ab. Unsere klare Meinung ist: **Es muss alles unterlassen werden, was der Wirtschaft weiteren Schaden zufügt.**

Winnenden ist ein **vielfältiger Wirtschaftsstandort** mit innovativen Betrieben vom Global Player und leistungsfähigen mittelständischen Unternehmen bis hin zu kleineren Handels- und Gewerbetreibenden. Gerade in der aktuellen weltpolitischen Lage brauchen diese Unternehmen **Vertrauen, Planungssicherheit und finanzielle Stabilität**. Wer ihnen in dieser Phase zusätzliche Lasten aufbürdet, schwächt den Standort und damit die Zukunftschancen der Stadt auf sichere Arbeitsplätze, künftige Innovationen, Investitionen auf unserer Gemarkung und damit auch die Gewerbesteuereinnahmen von morgen.

Wer den Leistungsträgern einer Gesellschaft die Saat zum Aussäen nimmt, darf sich am Ende nicht wundern, wenn weniger wächst und die gesamte Gemeinschaft weniger zum Verteilen hat.

Ein großer Belastungsfaktor im Haushalt sind vor allem die **Personalkosten**. Der Anstieg von 37,6 Millionen Euro im Jahr 2025 auf knapp 41,9 Millionen Euro im Jahr 2026 bedeutet eine **Steigerung von fast zwölf Prozent innerhalb eines Jahres**. Diese seit Jahren anhaltende Entwicklung ist **nicht länger tragbar**. Sie ergibt sich aus unverhältnismäßig hohen Tarifsteigerungen und steigenden Sozialversicherungsbeiträgen, also aus Faktoren, die wir vor Ort nicht beeinflussen können, aber finanzieren müssen. Deshalb braucht Winnenden dringend ein **verbindliches Personalabbaukonzept**. Die Stadtverwaltung hat bereits angekündigt im kommenden Jahr tätig zu werden.

Aus unserer Sicht ist der **Handlungsbedarf** jedoch **jetzt**. Zu viel wertvolle Zeit ist bereits vergangen, und einfach so weitermachen wird uns in Zukunft noch härter treffen.

Wenn wir im Haushalt durchweg in verschiedenen Bereichen Budgets kürzen und Aufgaben streichen, dann müssen auch die Strukturen entsprechen angepasst und Personalstellen reduziert werden. Wer weniger Mittel zur Verfügung hat, kann nicht dieselbe Anzahl an Aufgaben in derselben Tiefe erfüllen. Deshalb braucht es **Mut zur Fokussierung und unbequemen Entscheidungen**: Aufgaben, die nicht zwingend kommunal erledigt werden müssen, müssen hinterfragt, vereinfacht oder ganz abgegeben werden. Und innerhalb der Verwaltung müssen Abläufe so gestaltet werden, dass vorhandenes Personal dort eingesetzt wird, wo es den größten Mehrwert bringt.

Unsere Leitlinie bleibt klar: Die Stadt muss sich auf ihre **Kernaufgaben** konzentrieren. Freiwillige Aufgaben bereichern das Leben in unserer Stadt – aber sie müssen auch **finanzierbar und erwirtschaftbar** sein. Deshalb unterstützen wir schmerzhafte, aber notwendige Kürzungen im freiwilligen Bereich, zum Beispiel im Kulturbereich, auch wenn solche Entscheidungen – besonders vor Wahlen – naturgemäß wenig Zustimmung finden. Die FDP stand und steht dafür, notwendige und unpopuläre Entscheidungen zu treffen, wenn sie der **langfristigen Stabilität** dienen.

Für uns Freie Demokraten ist außerdem wichtig, dass in allen Verwaltungsvorlagen klar erkennbar ist, ob es sich um Pflichtaufgaben oder freiwillige Leistungen handelt. Nur so werden **Prioritäten sichtbar**, nur so entsteht **Transparenz**, und nur so können wir **verantwortungsvoll entscheiden**. Hier möchten wir die Stadtverwaltung bitten, dies entsprechend in den Vorlagen zu kennzeichnen.

Digitalisierung kann helfen, Abläufe zu vereinfachen und Prozesse effizienter zu gestalten – nicht als Selbstzweck, sondern dort, wo sie Personal entlastet und Bürgerinnen und Bürgern bessere Abläufe ermöglicht.

Zu Beginn des neuen Jahres haben die Winnender Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit das Stadtoberhaupt für die kommenden acht Jahre zu wählen. Für uns Liberale steht fest: Die nächste Amtsperiode muss einen deutlichen **Schwerpunkt auf Konsolidierung** legen. Die Verwaltung muss agiler, widerstandsfähiger und zukunftsorientiert werden für das kommende Vierteljahrhundert. Dies gelingt nur mit einem **schlanken und effizienten Verwaltungsapparat**, der seine Kernaufgaben mit hoher Qualität erfüllt und gleichzeitig in der Lage ist, flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Wer die Weichen in diese Richtung stellt, kann sicher sein, dass wir an seiner Seite stehen.

In den vergangenen Monaten hat das Thema **Windkraft** viele Bürgerinnen und Bürger intensiv beschäftigt, nicht zuletzt wegen der vorgesehenen Windkraftstandorte Hörnle und Buocher Höhe. Als Freie Demokraten sagen wir klar: „Ja“, zu einem **ausgewogenen Energiemix**, der ökonomisch sinnvoll ist und zugleich verantwortungsvoll, standortgerecht und mit Rücksicht auf Mensch und Landschaft umgesetzt wird. Wir hätten es dennoch begrüßt, dass die Gebiete Hörnle und Buocher Höhe von der Landesregierung **nicht als Vorranggebiete** ausgewiesen worden wären. Denn unseres Erachtens sprechen mehr Argumente gegen diese Standorte als dafür. Umso wichtiger ist es nun die Chancen und Risiken einer Beteiligung der Stadtwerke Winnenden am Windpark Hörnle sorgfältig und nüchtern abzuwägen. Unsere Aufgabe ist es, den Prozess **konstruktiv, kritisch und faktenorientiert** zu begleiten – **im Interesse der Stadt, der Landschaft und der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.**

Wer eine andere Energie- und Landespolitik möchte als die derzeitige grün-schwarze Landesregierung verfolgt, wer den schlanken Staat und Bürokratie abbauen will, der kann dies im März durch sein Wahlrecht aktiv mitbeeinflussen.

Winnenden lebt von seiner **aktiven Stadtgesellschaft**. Wir haben ein **starkes Ehrenamt**, das in Vereinen, Kultur, Sport und Sozialem unzählige Stunden investiert. Das ist ein großer Schatz für unsere Stadt – einer, den wir bewahren und weitere stärken sollten. Unser herzlicher Dank gilt allen, die sich mit Zeit, Herzblut und Verantwortung für unser Gemeinwesen einsetzen.

Zum Schluss möchte wir uns bedanken: bei der Verwaltungsspitze für die geleistete Arbeit, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihren täglichen Einsatz, und bei den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit.

Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche Betrachtungsweisen machen die Demokratie erst lebendig.

Wir wissen es zu schätzen, dass es im Winnender Gemeinderat nicht um persönliche Angriffe geht, sondern um sachliche Auseinandersetzungen mit Inhalten.

Ebenso gilt unser Dank den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die mit ihren Beiträgen all dies überhaupt ermöglichen.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Winnenden auch in Zukunft finanziert, freiheitlich, wirtschaftsstark und lebenswert bleibt.

Dafür stehen wir – auch 2026!

Ich wünsche Ihnen allen ein schönes, friedliches und gesegnetes Weihnachten.

Für die FDP-Fraktion

Tanja Ungar

Stadträtin

(Es gilt das gesprochene Wort)